



Zusammenkunft aller  
Physik-Fachschaften

# Positionspapier der Zusammenkunft aller Physik-Fachschaften

## Finanzkürzungen an deutschen Hochschulen

### PRÄAMBEL

In vielen Bundesländern sind die Hochschulen von massiven Kürzungen betroffen. Weitere Kürzungen werden dramatische Auswirkungen auf die ohnehin desolat finanzierte deutsche Hochschullandschaft haben. Zusätzlich steigt zeitgleich die Überlastung der Bildungseinrichtungen mit den steigenden Studierendenzahlen.

Die aktuellen Lösungsansätze wie die leistungsorientierte Mittelvergabe und der Zwang zur Einwerbung von Drittmitteln halten wir nicht für zielführend. Statt das Problem zu lösen, werden dadurch die Hochschulen, Fakultäten und Hochschulmitglieder in ein Konkurrenzverhältnis zueinander gesetzt. In solchen Konkurrenzverhältnissen können die Hochschulen ihrer eigentlichen Aufgabe von Forschung und Lehre nicht nachkommen.

Der Typus „unternehmerische Hochschule“ kann seinem gesamtgesellschaftlichen Auftrag nicht gerecht werden. Daher fordern wir eine angemessene Grundfinanzierung aller öffentlichen Bildungseinrichtungen. Dies ist eine zentrale Aufgabe des Staates, die nicht auf die Privatwirtschaft und Stifterika abgewälzt werden darf. Deutschland als aufgeklärte und offene Gesellschaft bedarf entsprechender Mitglieder derselben, welche zu eigenständigem Denken und Handeln fähig sind. Wird beispielsweise das Studium nur noch nach wirtschaftlichen Aspekten ausgerichtet - und der eigentliche Bildungsauftrag vernachlässigt - verliert es seine Offenheit. Stattdessen werden die Studierenden zu einem Denken innerhalb von vorgegebenen Strukturen gedrängt. Damit verliert diese Gesellschaft langfristig ihre Fähigkeit zur Anpassung an Veränderungen und droht zu erstarren.

Deshalb bedarf es einer flächendeckenden, pluralen Bildungslandschaft und einer vollständigen Ausfinanzierung aller Bildungseinrichtungen.

**Darum fordern wir:****1. AUFHEBUNG DES KOOPERATIONSVERBOTS ZWISCHEN BUND UND LÄNDERN FÜR BILDUNG UND WISSENSCHAFT**

Das Kooperationsverbot muss aufgehoben und durch eine Regelung ersetzt werden, die es Bund und Ländern ermöglicht, bei der Grundfinanzierung und darüber hinausgehenden Förderung von Einrichtungen und Vorhaben der Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie der Studierendenwerke verbindlich zusammenwirken zu können. Die gemeinsame Bildungsplanung ist als verpflichtender Auftrag wieder in das Grundgesetz aufzunehmen.

Katalog der Probleme des Förderalismus:

[https://vmp.ethz.ch/zapfwiki/images/f/f8/Reso\\_Foederalismus.pdf](https://vmp.ethz.ch/zapfwiki/images/f/f8/Reso_Foederalismus.pdf)

**2. INVESTITIONEN IN BILDUNG ERHÖHEN**

Deutschland als Wissens- und Forschungsstandort ist auf eine angemessene Finanzierung seiner Bildungseinrichtungen angewiesen. Wenn von Wirtschaftsverbänden schon jetzt ein Fachkräftemangel beklagt wird, kann eine weitere Verschlechterung der Bildungslandschaft nicht gewollt sein. Wir fordern daher, dass der Bund die öffentliche Hochschullandschaft stärker kofinanziert.

**3. PREKÄRE BESCHÄFTIGUNGSVERHÄLTNISSE AUFLÖSEN**

Für die gleichberechtigte Teilhabe am Wissenschaftsprozess muss es allen Mitgliedern der Hochschulen ermöglicht werden, unbedrängt von Befristung, schlechter Bezahlung und aufgezwungenen Arbeitszeitmodellen zu arbeiten. Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz muss novelliert werden, da es das Ziel, die prekäre Beschäftigungssituation der wissenschaftlichen Angestellten zu verbessern, nicht erreicht.

**4. GRUNDFINANZIERUNG SICHERN**

Die Qualität der Hochschullehre muss durch eine solide Grundfinanzierung gesichert werden, welche der steigenden Anzahl von Studierenden gerecht werden muss. Nur eine ausreichende Grundfinanzierung liefert Planungssicherheit und ermöglicht dadurch langfristig gute Lehre und Forschung. Die vermehrte Finanzierung über zeitlich begrenzte Projektmittel führt zu einer kurzfristigen Planung, bei der das langfristige Ziel guter Bildung aus dem Blick gerät. Die kompetitive Mittelvergabe, insbesondere bei der Einwerbung von Drittmitteln oder der Aquise von Projekten wie der Exzellenzinitiative, führt zu einem Auspielen der Institutionen und Forscher gegeneinander. Stattdessen sollte eine gemeinsame Arbeit zum Wohle der Gesamtgesellschaft das Ziel sein.

Hierbei sehen wir uns in unserer Position durch die HRK bestätigt:

<http://www.hrk.de/positionen/gesamtliste-beschluesse/position/convention/entschliessung-finanzierung-der-hochschulen/>

Verabschiedet am 01.06.2014 in Düsseldorf